

Damit verloren gegangenes Vertrauen wieder wachsen kann

Zehn Prüfsteine für einen echten Politikwechsel

Damit verloren gegangenes Vertrauen wieder wachsen kann – Zehn Prüfsteine für einen echten Politikwechsel

Der Freistaat Sachsen hat seit 1990 eine beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung vollzogen. Dabei standen insbesondere finanzpolitische Stabilität (gemessen an der Pro-Kopf-Verschuldung) sowie eine hohe Investitionsquote im Mittelpunkt. Sachsens ökonomische Stärke beruht auf industriellen Leuchttürmen, einem fest in den Regionen verwurzelten Mittelstand sowie leistungsfähigen Unternehmen in Handel, Handwerk und Industrie.

Die wirtschaftliche Dynamik und der Aufbauwille der 1990er- und 2000er-Jahre sind inzwischen geschwunden. Die Folgen einer Politik, die wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zunehmend aus dem Blick verliert, werden immer deutlicher.

Hinzu kommen eine staatliche Ausgabenpolitik, die nicht mehr mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Schritt hält, sowie die fortschreitende Bürokratisierung von Arbeits- und Produktionsprozessen. Beides schafft zusätzliche Ineffizienzen und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Fehlgeleitete staatliche Mittel schwächen gewachsene Wirtschaftsstrukturen und den Mittelstand. Fehlende Flexibilität zieht ausbleibende Investitionen und Innovationen nach sich.

Um den Freistaat Sachsen wieder zu einem Motor wirtschaftlicher Dynamik und Förderer regionaler, mittelständischer Wertschöpfung werden zu lassen, ist ein ganzes Set an Maßnahmen erforderlich.

Das beginnt damit, dass die Unternehmen im Freistaat im bundesweiten Vergleich nicht mehr durch überdurchschnittlich hohe Hebesätze bei der Grund- und Gewerbesteuer belastet werden dürfen. Im internationalen Wettbewerb wiegen hohe Arbeitskosten, Steuern und Abgaben, hohe Energiepreise, überbordende Bürokratie und eine oftmals ineffiziente Verwaltung noch schwerer.

Start-ups verdienen dabei ebenso Unterstützung wie etablierte Unternehmen, die vor einem Generationenübergang stehen. Entscheidend für mehr Wirtschaftskraft und Wohlstand ist, dass Unternehmen wachsen können. Dieses Wachstum entsteht jedoch nicht durch zusätzliche Belastungen, sondern durch bessere Rahmenbedingungen und gezielte Investitionsanreize.

Auch der Generationenübergang in Unternehmen darf nicht erschwert, sondern muss durch eine Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer auf Bundesebene unterstützt werden. So könnte die auf Betriebsvermögen entfallende Steuer zwar festgesetzt, ihre Zahlung aber aufgeschoben werden: Wird der Betrag innerhalb von fünf Jahren im Unternehmen investiert, wäre anschließend nur eine etwaige Differenz abzuführen. Sachsen könnte hierzu eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen. Der Freistaat braucht solche innovativen Lösungen für seinen Mittelstand und darf seine Wirtschaftspolitik nicht auf die Förderung prestigeträchtiger Großprojekte verengen.

Wirtschaftliches Wachstum erfordert sowohl effizientere Verwaltungsstrukturen als auch eine kritische Überprüfung der staatlichen Ausgaben. Bei jedem Vorhaben muss geprüft werden, ob es den Standort und seine Wettbewerbsfähigkeit stärkt oder schwächt. Zugleich ist zu klären, ob es bessere Maßnahmen gibt, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sichern.

Sachsen galt lange als finanzpolitischer Musterschüler Deutschlands: mit niedriger Verschuldung, hohen Investitionen sowie einer schlanken und leistungsfähigen Verwaltung. Davon hat sich der Freistaat inzwischen entfernt. Die öffentlichen Finanzen sind aus dem Gleichgewicht geraten. Kommunen und Landkreise werden mit immer neuen gesetzlichen Aufgaben und steigenden Standards belastet und sind vielerorts nicht mehr in der Lage, ausgeglichene Haushalte aufzustellen. Dadurch verlieren sie zunehmend ihre Handlungs- und Investitionsfähigkeit.

Diese bedenkliche Entwicklung muss gestoppt werden. Der Staat kann nicht dauerhaft alles finanzieren, was politisch wünschenswert erscheint. Er muss sich auf das konzentrieren, was notwendig, wirksam und langfristig finanzierbar ist – ohne die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes weiter zu gefährden. Denn geht sie verloren, verlieren am Ende alle.

Im Lichte der politischen Rückbesinnung auf die Gestaltungskräfte und den Gestaltungswillen der Sachsen sind die nachfolgenden Prüfsteine zu betrachten.

1. Den Freistaat fit und schlank machen – die Anzahl der Stellen im öffentlichen Dienst reduzieren und einen verbindlichen Abbaupfad fixieren

Der Freistaat Sachsen leistet sich pro Kopf eine der umfangreichsten öffentlichen Personalausstattungen aller Bundesländer. Diesen Verwaltungsapparat weiter zu unterhalten ist finanziell nicht möglich und politisch nicht gerechtfertigt. Die Entwicklung der Stellen im öffentlichen Dienst muss zukünftig der Entwicklung der Erwerbstätigen folgen.

Die Angemessenheit staatlicher Strukturen und Mittel ist Spiegel der Wirtschaftskraft des Freistaates und kann nicht losgelöst von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit betrachtet werden. Für Sachsen bedeutet das die Senkung auf 80.000 Stellen bis 2035. Dies muss mit einem verbindlichen Abbaupfad, d. h. mit fest definierten und zu überprüfenden Zwischenschritten, verbunden sein. Im Zuge dessen muss der Freistaat Sachsen die weitere Verbeamtung strikt begrenzen und für Lehrer wieder beenden.

2. Investitionen stärken, ohne neue Schulden aufzunehmen

Ausgabendisziplin und Ausgabenkontrolle müssen Priorität haben. Die Schulden des Staates sind immer auch die Schulden der Steuerzahler. Es ist unsere Aufgabe, die Anforderungen unserer Zeit selbst zu schultern. Wir dürfen diese nicht nachkommenden Generationen in Rechnung stellen. Es verbietet sich daher, immer weiter neue Schulden aufzunehmen, um ein stetig wachsendes Haushaltsvolumen zu finanzieren.

Die in der sächsischen Verfassung verankerte Schuldenbremse hat deshalb auch heute noch ihre Berechtigung und muss daher weiter haushaltspolitische Richtschnur sein, auch ungeachtet der durch die Änderung des Grundgesetzes ermöglichten Neuverschuldung. Verzichten wir deshalb auf diese Möglichkeit, neue Schulden aufzunehmen.

Vielmehr muss der Freistaat Sachsen lernen, mit weniger auszukommen, effizient zu haushalten, noch bestehende Potenziale zu heben, um flexibel auf die sich ändernden Rahmenbedingungen zu reagieren. Damit dies nicht zulasten von Investitionen geht, müssen konsumtive Ausgaben eingespart werden. Das gilt umso mehr, als dass der Investitionsanteil an den sächsischen Staatsausgaben dringend wieder erhöht werden muss. Mittelfristiges Ziel muss eine staatliche Investitionsquote von mindestens 20 Prozent sein. Diese Trendumkehr ist bereits ab dem kommenden Doppelhaushalt 2027/2028 erforderlich.

Außerdem darf der Generationenfonds nicht fehlgenutzt werden, um kurzfristige Haushaltslöcher zu stopfen. Sollten dem Freistaat Sachsen rund um die Einnahmen der illegalen Streaming-Plattform "movie2k" Mittel zufallen, wäre dies ein einmaliger Glücksfall. Diese Gelder dürfen nicht zur Finanzierung laufender Haushaltsausgaben oder der Verpflichtungen im Generationenfonds verwendet werden. Vielmehr müssen auch künftige Generationen davon profitieren. Dafür braucht es eine langfristig ausgerichtete Vermögensverwaltung, die das Kapital sichert und so anlegt, dass aus den Erträgen dauerhaft Impulse zur Steigerung der Wertschöpfung im Freistaat finanziert werden können.

3. Schieneninfrastruktur ausbauen – Südwestsachsen endlich an den Schienenfernverkehr anbinden

Sachsens größtes infrastrukturelles Defizit muss endlich gelöst werden: Chemnitz braucht einen leistungsfähigen Anschluss an das deutsche Schienenfernverkehrsnetz. Dafür müssen jedoch die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Realisierung dieses Vorhabens hat auch Signalwirkung für den Masterplan Südwestsachsen und entscheidet über dessen Bewertung in der öffentlichen Debatte. Politikverdrossenheit verstärkt sich weiter, wenn sichtbare Fortschritte bei folgenden Schieneninfrastrukturprojekten auf sich warten lassen:

- vollständiger zweigleisiger Ausbau inklusive Elektrifizierung der Bahnstrecke Chemnitz – Leipzig,
- Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden – Görlitz,
- Neubau der Strecke Dresden – Prag.

4. Die Glaubwürdigkeit einer Staatsmodernisierung steht und fällt mit spür- und messbaren Zielen sowie Ergebnissen

Alle Anstrengungen zur Staatsmodernisierung werden von den Bürgern und Unternehmen daran gemessen, ob bürokratischer Aufwand spürbar sinkt und Verwaltungsprozesse danach einfacher, schneller und günstiger Rechtssicherheit herstellen oder nicht. Damit steht und fällt die Akzeptanz aller derzeit in Rede stehenden Vorschläge.

Es liegt nun an der Sächsischen Staatsregierung parlamentarische Mehrheiten für ihre Vorschläge zu finden und alle Verwaltungsebenen vom vorgeschlagenen Paradigmenwechsel zu überzeugen. Bürokratieabbau lässt sich nicht allein auf Landesebene bewältigen. Der Freistaat Sachsen muss daher auch in Berlin und Brüssel weiteren Fehlentwicklungen mit Nachdruck entgegenwirken.

5. Angebot von Studiengängen fokussieren und Hochschulen profilieren, um Forschungstransfer in Wertschöpfung zu verbessern

Der Freistaat Sachsen verfügt über eine außerordentlich facettenreiche Hochschullandschaft und beheimatet eine Vielzahl exzellenter universitärer und außeruniversitärer Forschungsreinrichtungen. Dies dient aber keinem Selbstzweck, sondern ist auch Verpflichtung, einen Mehrwert im Sinne volkswirtschaftlicher Hebelwirkungen in Gang zu setzen. Allein hohe Studentenzahlen oder die Anzahl von Studiengängen sind hierfür kein Ausweis. Vielmehr muss der Freistaat bis 2027 ein effizienteres Anreizsystem für die Hochschulen entwickeln und Finanzausgaben an fachliche Zielvorgaben sowie überprüfbare Ergebnisse zur Fokussierung knüpfen – bspw. hinsichtlich regionaler Wertschöpfungsketten, unternehmerischer Ausgliederungen und Patenten.

6. Mehr Netto vom Brutto, um durch Leistungsgerechtigkeit unseren Sozialstaat zu sichern

Die Beschäftigten haben im wahrsten Sinne des Wortes mehr Netto vom Brutto verdient. Das Ergebnis aller Reformbemühungen wird jeder Arbeitnehmer für sich selbst an der Lohn- und Gehaltsabrechnung ablesen können.

Soziale Gerechtigkeit endet, wenn sich Arbeit nicht mehr lohnt. Dann schwindet verständlicherweise auch das Verständnis für extrem hohe Steuern und Abgaben um jene mitzufinanzieren, die nicht arbeiten wollen bzw. können. Ausgenommen sind hier ausdrücklich Menschen, die unsere Unterstützung und Solidarität benötigen.

Seit 2019 sind die Sozialleistungen in Deutschland nominal um rund 38 Prozent gestiegen, während die Wirtschaft preisbereinigt um nicht einmal ein Prozent gewachsen ist. Zugleich zeigt die aktuelle OECD-Studie „Taxing Wages 2026“, dass Deutschland im Jahr 2025 sowohl bei alleinstehenden Durchschnittsverdienern ohne Kinder mit 49,3 Prozent als auch bei verheirateten Doppelverdienern mit zwei Kindern mit 42,6 Prozent den zweithöchsten Steuer- und Abgabenkeil aller OECD-Staaten aufwies. Weiter steigende Ausgaben der Renten- und Krankenversicherung drohen nun, die Entlastungswirkung der geplanten Einkommensteuerreform zumindest teilweise wieder aufzuzehren.

Wir brauchen deshalb dringend mehr Kostentransparenz: Echte Versicherungsleistungen sind über Sozialbeiträge zu finanzieren, gesamtstaatliche Aufgaben hingegen aus Steuermitteln des laufenden Haushalts. Reichen die verfügbaren Mittel dafür nicht aus, müssen an anderer Stelle konsumtive Ausgaben eingespart werden.

7. Weil der Staat das Geld verbraucht – Kostentransparenz verdeutlicht Reformbedarfe

Auch in Bezug auf unser hohes Energiepreisniveau fehlt Kostentransparenz: Steuern, Abgaben und Netzentgelte machen bis zu zwei Drittel des Strompreises aus. Genauso gehen an der Zapfsäule bei einem Spritpreis von 2 EUR/Liter rund 1,30 EUR an den Staat. Hinzu kommt die nationale CO₂-Abgabe für Verkehr, Gebäude und kleinere Betriebe sowie die CO₂-Komponente der Lkw-Maut bis zur Einführung des zweiten europäischen Emissionshandelssystems (ETS 2). Kurzum: unser Staat

verdient an hohen Preisen, die unserer Wettbewerbsfähigkeit schaden. Das muss sich ändern. Der Staat muss sparen, damit Wirtschaft wieder wachsen kann.

8. Energie muss wieder günstiger werden – Energiewende technologieoffen und wettbewerbsfähig gestalten

Die Energiewende ist ineffizient, die Kosten der Transformation sind enorm. Dekarbonisierung führt zunehmend zur Deindustrialisierung. Deutschland hat hunderte Milliarden Euro für die Energiewende, insbesondere den Auf- und Ausbau sowie die Finanzierung erneuerbarer Energieformen, ausgegeben. Die diesbezüglich avisierten volkswirtschaftlichen Gewinne, etwa hinsichtlich der Verfügbarkeit und Preiswürdigkeit des Stromes, der Wertschöpfung im Anlagenbau, Hochbau und Instandhaltung sowie in Bezug auf die damit verbundenen Beschäftigungseffekte sind bislang weitgehend ausgeblieben.

Im weltweiten Vergleich sind die Energiekosten in Deutschland außerordentlich hoch und nicht konkurrenzfähig. Das nimmt dem Wirtschaftsstandort die Möglichkeit, im internationalen Wettbewerb zu bestehen und ist der Hauptgrund für den aktuellen drastischen Verlust industrieller Substanz. Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, die „Energiewende“ den aktuellen Rahmenbedingungen gemäß neu auszurichten - mit gleichrangiger Gewichtung von Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz. Alle Maßnahmen dürfen uns nicht im internationalen Standortwettbewerb noch weiter ins Hintertreffen bringen. Am Energiemarkt muss Technologieoffenheit herrschen – dirigistische Eingriffe zugunsten oder zulasten einzelner Energieträger sind zu unterlassen. Auch die Erneuerbaren Energien müssen sich am Markt beweisen. Alle Klimaschutzinstrumente sind ergebnisoffen zu prüfen. Beim Wasserstoff sind alle Erzeugungswege offenzuhalten. Maßnahmen der CO₂-Emissionsvermeidung müssen international abgestimmt sein. Nationale und europäische Alleingänge führen zur Verlagerung von CO₂-intensiver Produktion ins (außereuropäische) Ausland und damit eben nicht zur Vermeidung von Emissionen insgesamt.

9. Kommunen handlungsfähig halten – wer bestellt, muss bezahlen

Bei gesetzlich notwendiger Übertragung neuer Aufgaben, der Erweiterung bestehender Aufgaben oder der Einführung zusätzlicher Standards müssen die kommunalen Mehrbelastungen vollständig und dauerhaft, d.h. auch dynamisiert, ausgeglichen werden. Das ausschließliche Weiterreichen von etwaigen Bundesmitteln, unabhängig davon, ob diese den kommunalen Finanzierungsbedarf decken, genügt hingegen nicht.

Kommt es zu finanziellen Mehrbelastungen der Kommunen, die der Bund durch höhere Standards oder Leistungsgesetze unmittelbar verursacht, muss das Konnexitätsprinzip – „Wer bestellt, bezahlt“ – gelten. Das Land muss verpflichtet werden, die Finanzmittel unverzüglich an die Kommunen weiterzuleiten. Die kommunale Finanzausstattung muss so gestärkt werden, dass Städte, Gemeinden und Landkreise ihre Aufgaben verlässlich erfüllen und dringend notwendige Investitionen tätigen können. Denn sinkende Einnahmen, wachsende Sozialausgaben und steigende Personalkosten haben in der Breite des Landes zu hohen Defiziten geführt.

10. Es gibt keinen Wohlstand ohne Anstrengung

Alle noch so wünschenswerten Wohltaten muss man sich leisten können. Das Geld fällt nicht vom Himmel, es braucht Fleiß und Arbeit. Wer anderes behauptet, macht den Menschen etwas vor. Unsere durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen liegt bei rund 1.300 Stunden. Damit ist Deutschland Schlusslicht unter allen OECD-Staaten. Spitze sind wir hingegen europaweit beim Krankenstand, beim Urlaub und bei Freistellungsansprüchen. Auch mit Feiertagen sind wir reich gesegnet. Mehr als verdoppelt hat sich von 2000 bis Mitte 2025 der Anteil an Teilzeitbeschäftigten von rund 16 auf 35 Prozent. Summa summarum sinkt damit unsere Arbeitsproduktivität.

Unterlassen wir alles, was unsere Arbeitsproduktivität weiter senkt. Lassen wir den gesetzlichen Freistellungsanspruch auf Bildungsurlaub in Sachsen nicht am 01.01.2027 in Kraft treten. Führen wir wieder die 40-h-Woche als Äquivalent für Vollzeitbeschäftigung ein. Flexibilisieren wir, wie es im Koalitionsvertrag auf Bundesebene schon zugesagt ist, das Arbeitszeitgesetz und schaffen die Möglichkeit für wöchentliche anstatt täglicher Höchstarbeitszeiten. Unterlassen wir neue bürokratische Belastungen aus einer elektronischen Arbeitszeiterfassung und stärken die bewährte Vertrauensarbeitszeit. Zur Flexibilität gehört auch der Erhalt von Minijobs in ihrer derzeitigen Form. Sie versetzen Unternehmen – insbesondere im Handel und in der Gastronomie – in die Lage, in Spitzenzeiten flexibel auf einen erhöhten Arbeitsbedarf zu reagieren.